



HEINRICH ZILLICH

Karl Brandsch : Schäßburg (Aquarell)

Die Sachsentage in Siebenbürgen

=====

Marksteine der Geschichte der deutschen Siedlungen in Rumänien (1872 - 1933)

Im Herbst 1933, vor vierzig Jahren, fand in Hermannstadt der fünfte und letzte Sachsentag in Siebenbürgen statt. An ihn zu denken, erinnert an seine Vorgänger. Sie waren keine alte Einrichtung der siebenbürgisch-sächsischen Selbst- und Gebietsverwaltung, denn der erste trat erst 1872 in Mediasch zusammen, nachdem der österreichisch-ungarische "Ausgleich" von 1867 Ungarn in allen inneren Angelegenheiten souverän gemacht und ihm das Großfürstentum Siebenbürgen ohne Befragung der dort beheimateten Bevölkerung einverleibt hatte.

Es war jedermann klar, daß nun die Republik der Siebenbürger Sachsen, "Nationsuniversität", auch "Königsboden", meistens "Sachsenland" genannt, bei der nationalistischen Gesinnung der Madjaren nicht mehr lange bestehen werde. Zunächst jedoch bestätigte das Parlament in Budapest das Gesamtmunizipium des Königsbodens, obschon es Neuerungen vorschrieb. Was dennoch drohte, beurteilten die Sachsen verschieden und gerieten deswegen in Hader. Die "Altsachsen" hielten fest an Siebenbürgens Eigenstaatlichkeit; sie lehnten also die "Union" mit Ungarn ab, ebenso natürlich die Verletzung der Autonomie; die "Jungsachsen" dünkten das aussichtslos - sie wollten der Regierung nachgeben, um andere Erleichterungen zu erreichen. Die Erregung steigerte sich ständig. Man hörte bald den Ruf nach Einigung. Und schließlich wurden die sächsischen Wähler des ganzen Königsbodens zu einer Beratung eingeladen, um ein gemeinsames Programm zu beschließen. Damit erlebte das germanische Thing - die Versammlung der Freien als oberste Recht und Ziel setzende Körperschaft - ein spätes Wiedererwachen.



Beim ersten Sachsentag in der Mediascher Kirche am 4. Juni 1872 gelang es, ein nationales Programm einhellig zu schaffen, das sich zur Universitas Saxo-num Transsylvanorum auch für die Zukunft bekannte. Doch schon 1876 beschloß das ungarische Parlament das befürchtete Gesetz zur "Zertrümmerung" des Freitums der Siebenbürger Deutschen. Um ihr verletztes Rechtsgefühl zu beruhigen, besuchte Kaiser Franz Joseph Hermannstadt und sprach dort von der politischen Notwendigkeit der Neueinteilung des Landes. Als er bewunderte, wie die sächsische Nation sich und ihr Gebiet deutsch erhalten habe, antwortete Bischof Georg Daniel Teutsch: "Das ist die Folge des von der Krone unserem deutschen Partikularrecht so wirksam gewährten Schutzes." Was der Kaiser darauf äußerte, ist nicht überliefert. Vermutlich schwieg er, denn daß Habsburg den entscheidenden Schritt zur Reichszerstörung getan hatte, wußte er.

Vom Königsboden blieb außer der Vermögensverwaltung der Nationsuniversität nur eine Äußerlichkeit übrig: der Obergespan (Landrat) des Hermannstädter Komitats (Kreises) führte fortan den Nebentitel "Sachsengraf". In den folgenden Jahren steigerte sich der Druck auf die Sachsen, Schwaben, Rumänen und Slawen in Ungarn immer mehr.

Der zweite Sachsentag am 17. Juni 1890 in Hermannstadt brachte die Versöhnung auf der Basis eines neuen Volksprogramms, das freilich nicht mehr Autonomie, sondern bloß Rechtsstaatlichkeit forderte. Der dritte Sachsentag am 22. Oktober 1896 in Hermannstadt, der ebenfalls innere Gegensätze zwischen den jetzt "Grüne" genannten Jungen und den Alten - den "Schwarzen" - beseitigen sollte, endete weniger erfolgreich; der Streit dauerte fort, milderte sich indessen, als Ministerpräsident Bánffy 1897 das Ortsnamengesetz durchbrachte; es bestimmte, jede Gemeinde dürfe nur einen amtlichen Namen haben und gebrauchen. Die Empörung hierüber loderte einhellig auf, denn natürlich war der Amtsname der ungarische, den man in Tausenden von Fällen jetzt erst erfinden mußte. Die sächsischen Orte bestanden ausnahmslos auf ihren seit sieben Jahrhunderten geführten deutschen Amtsnamen, alle vergebens.

Der vierte Sachsentag in Schäßburg am 6. November 1919 nahm ein neues, heraus wichtiges Volksprogramm an. Mit Berufung auf die Rechtsversprechungen der Karlsburger Beschlüsse des rumänischen Volkes vom Dezember 1918 bestätigte er nämlich den Anschluß der Siebenbürger Sachsen an Rumänien, forderte ein Wahlrecht nach nationalem Landeskataster, für die "deutsche Nation in Rumänien" kulturelle Selbstbesteuerung, außerdem die in Karlsburg zugesicherte und dann nie erfüllte Autonomie. Zugleich verbesserte man die sächsische Volksorganisation, stellte an deren Spitze den Deutsch-Sächsischen Volksrat; die Frauen erhielten das Wahlrecht.

Die Geschichte der deutschen Siedlungen in Rumänien nach 1918, die sehr bewegt verlief, war gekennzeichnet von der Ungeduld und dem entscheidenden Einsatz der aus dem Feld zurückgekehrten Männer, deren in schweren Erlebnissen geformtes Wesen sich mit der Art nicht zu befreunden vermochte, wie die deutsche Politik im Lande vorwiegend von kleinen einflußreichen Gruppen und nur in wenigen Orten von großen Gesinnungsgemeinschaften "gemacht" wurde. Gleich jeder jungen Generation idealistisch, drängte sie zur Reinigung des öffentlichen Lebens.

Die Intelligenz der Kriegsgeneration scharte sich um die Zeitschrift "Klingsor" (1924 - 1939). Von dem, was sie leistete, soll hier nur erwähnt sein, daß der "Klingsor"-Kreis mit anderen Männern derselben Generation eine Tagung

von Delegierten aller Stände und siebenbürgischen Siedlungsgebiete am 7. Juni 1931 in Hermannstadt unter dem Vorsitz von Alfred Pomarius durchführte. Ich hielt dort das einleitende Referat über die notwendige Aufbauarbeit, die eine geistige, seelische und ethische Erneuerung sein, die sächsische Politik und den "Verband der Deutschen in Rumänien" beleben müsse. Ich forderte die deutsche Autonomie, Pressefreiheit und bessere Behandlung der Arbeiterschaft, Beseitigung des "Staubes der Jahrhunderte" aus den kirchlichen Behörden und Errichtung eines Sächsischen Wirtschaftsrates. Die diese Gedanken kurz zusammenfassende EntschlieÙung empfing begeisterte Zustimmung. Alles drängte zu einem neuen Sachsentag hin. "Klingsor" veröffentlichte dazu Dutzende von Aufsätzen, und immer mehr Zeitungen taten es ebenfalls. Der Grundzug der zahlreichen Vorschläge bestand darin, in den Körperschaften der Deutschen Rumäniens echte Demokratie durchzusetzen. Zugleich erwachsen viele Gedanken für den erstrebten Neuaufbau. "Klingsor" widmete das Oktoberheft 1932 ausschließlich dem Entwurf eines neuen sächsischen Volksprogramms und einer Volksverfassung, in welchem die Ideen der Versammlung vom 7. Juni 1931 bis ins einzelne satzungshaft ausgearbeitet waren, wobei Erwin Wittstock die juristische Formulierung besorgte.

Die damals hochangesehene Zeitschrift "Die Tat"/Jena widmete dem Entwurf sofort einen Aufsatz, in dem es u. a. hieß: "Die wesentlichste Leistung (der "Klingsor"-Vorschläge) ... liegt in der klaren Herausarbeitung des Wesensunterschiedes von Volk und Staat und der Begründung politischer Sittlichkeit aus dem Geiste des Volkstums. Es läßt sich kein schärferer Gegensatz zum alten Nationalismus westeuropäischer Prägung denken."

Die in den Volksorganen führenden Männer konnten nun den Sachsentag nicht mehr verweigern, der für den 1. Oktober 1933 nach Hermannstadt einberufen wurde. Unter freiem Himmel traten sechshundert Delegierte zusammen, rundum eine kaum übersehbare Menge von Zuhörern. Unter Leitung des Volksratspräsidenten und letzten deutschen Bürgermeisters von Kronstadt, Dr. Schnell, wurden die Anträge in den meisten Punkten angenommen, wobei die Anträge des Volksrates keineswegs unberücksichtigt blieben. So vereinte sich das Vernünftige. Der binnensächsische Streit, der sich seit Jahren verschärft hatte, schien jäh beseitigt, der Durchbruch der Jugend war vollzogen.

Schon bald geriet allerdings die zur politischen Partei verwandelte "Selbsthilfe"-Organisation - vordem eine Baugenossenschaft - unter nationalsozialistischen Einfluß und wurde durch die nachfolgende Wahl der Körperschaften maßgebend für das öffentliche Leben der Rumäniendeutschen, ohne freilich deren demokratische Volksorganisation zu verwerfen. Es entstanden schwere Zwistigkeiten, bis der Streit 1940 endete: Berlin mischte sich ein und ernannte den Studenten Andreas Schmidt zum Führer der Volksgruppe. Ihr billigte der rumänische Staat wenig später eine auf das Führerprinzip zugeschnittene kulturelle Autonomie zu, die bis zum Einmarsch der Sowjettruppen (August -44) dauerte.

Daß der fünfte Sachsentag - der Triumph eines sittlichen und praktischen Neubauwillens in breitester demokratischer Form - keine wirkliche Befriedung der Gegensätze und nicht die Ernte brachte, die man erhofft hatte, gehört zur Tragik des Südostdeutschtums. Was dieser Sachsentag im einzelnen beschlossen hatte, kann jeder Kritik standhalten. Hätte sein Geist fortgewirkt, wäre den Rumäniendeutschen nach Kriegsende wohl manches Furchtbare milder begegnet.